

Germany-Düsseldorf: Paving and asphaltting works

OJ S 55/2017 18/03/2017

Contract notice

Works

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Verkehrsmanagement

Postal address: Auf'm Hennekamp 45

Town: Düsseldorf

NUTS code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt

Postal code: 40225

Country: Germany

Contact person: Herr Weise

E-mail: andreas.weise@duesseldorf.de

Telephone: +49 211-8993984

Fax: +49 211-8933984

Internet address(es):

Main address: <https://vergabe.duesseldorf.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://vergabe.duesseldorf.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-15acbae04c6-4dc70bab31b959f

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://vergabe.duesseldorf.de>

Tenders or requests to participate must be submitted to the following address:

Official name: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister – Rechtsamt

Postal address: Submissionsstelle Brinckmannstraße 5, 3. Etage, Zimmer 3101

Town: Düsseldorf

Postal code: 40225

Country: Germany

Telephone: +49 211-89-96621

E-mail: vergabeinfo@duesseldorf.de

Fax: +49 211-89-29653

NUTS code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt

Internet address(es):

Main address: <https://vergabe.duesseldorf.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Wiederherstellung Corneliusplatz TP 47.4 Kö-Bogen.
Reference number: DUS-2017-0025

II.1.2. Main CPV code

45233222 Paving and asphaltting works

II.1.3. Type of contract

Works

II.1.4. Short description

Wiederherstellung Corneliusplatz, Kö-Bogen Düsseldorf 4. BA.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

45112711 Landscaping work for parks, 45231110 Pipelaying construction work, 45233161 Footpath construction work

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEA11 Düsseldorf, Kreisfreie Stadt
Main site or place of performance: Düsseldorf.

II.2.4. Description of the procurement

- ca. 2 400 m² Betonpflaster einschl. Tragschichten herstellen,
- ca. 2 100 m² Parkfläche wiederherstellen,
- Aufstellen von Bänken und anderen Elementen der Stadtmöblierung.

II.2.5. Award criteria

Criteria below
Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/06/2017 End: 31/10/2017
This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13.

Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

5 % der Brutto-Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung,

3 % der Brutto-Abrechnungssumme als Sicherheit für Mängelansprüche.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

a) Vorlage eines aktuellen Auszugs (nicht älter als drei Monate zum bekannt gemachten Zeitpunkt des Eröffnungstermins) aus dem Handelsregister oder Berufsregister

(Handwerksrolle, Verzeichnis der Handwerkskammer, Register der IHK) des Sitzes oder Wohnsitzes der Bewerber; für Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, eine entsprechende Bescheinigung des Berufsregisters ihres Herkunftslandes.

b) Erklärung der Bieter, dass:

aa) sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens nicht nach:

— § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 SchwArbG,

— § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch,

— §§ 15, 15a, 16 Abs. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,

— § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt worden sind.

bb) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel besteht, dass sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens eine der unter aa) genannten, schwerwiegenden Verfehlungen begangen hat.

cc) sie nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt worden sind;

dd) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung im Sinne von cc) besteht.

Sollte ein Bieter die vorgenannte Erklärung nicht abgeben können, hat er dies auf gesonderter Anlage zu erläutern.

c) Nachweis der Anmeldung zur Berufsgenossenschaft; Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, können eine gleichwertige Bescheinigung des für sie zuständigen Versicherungsträgers vorlegen;

d) Bestätigung des Versicherers über das Bestehen einer entsprechenden Betriebshaftpflichtversicherung. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

e) Nachweis darüber, dass die Bieter die Beiträge zur gesetzlichen

Sozialversicherung und gegebenenfalls zur gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien im Sinne des § 5 Nr. 3 AEntG vollständig entrichten. Dieser Nachweis kann durch Unterlagen erbracht werden, die nicht älter als ein Jahr sind und die durch die ausstellende Stelle festgelegte Gültigkeit nicht überschreiten. Die Unterlagen müssen von dem zuständigen in- oder ausländischen Sozialversicherungsträger – im Inland der Einzugsstelle – oder der zuständigen in- oder ausländischen Sozialkasse ausgestellt sein, soweit der Betrieb des Bieters von dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages über eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien erfasst wird. Der Nachweis kann durch eine Bescheinigung des ausländischen Staates erbracht werden. Soll die Ausführung des Auftrags von den Bietern einem Nachunternehmer übertragen werden oder sollen bei der Auftragsausführung Leiharbeitnehmer beschäftigt werden, so haben die Bieter den Nachweis ebenfalls für den Nachunternehmer oder für den Verleiher von Arbeitskräften zu erbringen. Dies gilt entsprechend für alle weiteren Nachunternehmer des Nachunternehmers. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen für den Nachweis ist eine beglaubigte Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Mindestumsatz 4 000 000 EUR pro Jahr.

Für die Erklärung sind die Formulare 008-2 „Allgemeine Angaben zum Unternehmen“ sowie 008-4 „Umsatz und Größe des Unternehmens“ zu verwenden, welche den Vergabeunterlagen beiliegen. Im Falle von Bietergemeinschaften muss die Erklärung zu den Umsätzen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorgelegt werden, die Forderung eines jährlichen Mindestumsatzes von 4 000 000 EUR kann jedoch von allen Mitgliedern zusammen erfüllt werden. Sofern sich ein Bieter beziehungsweise eine Bietergemeinschaft zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, ist die vorgenannte Erklärung auch für dieses Unternehmen abzugeben.

a) Erklärung der Bieter, dass:

- aa) über ihr Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde,
 - bb) sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet,
 - cc) keine schwere Verfehlung nachweislich vorliegt, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt,
 - dd) die Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und
 - ee) die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 13 Abs. 1 TVgG-NRW nicht vorliegen.
- Sollte ein Bieter die vorgenannte Erklärung nicht abgeben können, hat er dies auf gesonderter Anlage zu erläutern.

Für die unter a) aufgeführten Erklärungen ist das Formblatt 008-6 „Eigenerklärungen“ in den Vergabeunterlagen auszufüllen. Bei Angeboten durch eine Bietergemeinschaft sind die vorstehend aufgeführten Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen. Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung gemäß Formblatt 234 abzugeben,

— in der alle Mitglieder aufgeführt sind und ein bevollmächtigter Vertreter als Ansprechpartner genannt wird,

— dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt.

Sofern sich ein Bieter (oder eine Bietergemeinschaft) zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen, finanziellen oder technischen Leistungsfähigkeit zur Ausführung des vorliegenden Auftrags auf die Fähigkeiten eines anderen Unternehmens berufen will, hat er /sie mit dem Angebot insoweit auch für dieses Unternehmen die vorstehend dargestellten Nachweise und Erklärungen vorzulegen. Zudem hat der Bieter gegenüber dem Auftraggeber mit einer Verpflichtungserklärung gemäß Formblatt 236, das den Vergabeunterlagen beiliegt, nachzuweisen, dass ihm die für die Erfüllung des Auftrages erforderlichen Mittel dieser Unternehmen jeweils zur Verfügung stehen.

Der Bewerber kann auch eine Eigenerklärung entsprechend dem Standardformular für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016) abgeben, sofern darin alle geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten bzw. beigelegt sind. Erfolgt der Nachweis über ein Präqualifikationssystem, so muss dieser mit den Anforderungen des Auftraggebers übereinstimmen und ist ggf. durch zusätzliche Einzelnachweise zu ergänzen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Mindestumsatz: 4.000.000 EUR pro Jahr betreffend Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Folgende Nachweise /Unterlagen sind mit dem Angebot vorzulegen:

a) Nachweis über die erfolgreiche Realisierung von Referenzprojekten.

Es sind in Summe 3 Referenzprojekte aus den letzten 5 Jahren, es gilt das Abnahmedatum, nachzuweisen. Der Zeitraum von 5 Jahren für die Nachweismöglichkeit der Referenzen ist nicht in dem Sinne zu verstehen, dass der Bieter bereits mindestens 5 Jahre am Markt tätig sein muss. Vielmehr haben die Bieter aus Gründen der Markt-/Wettbewerbsöffnung Gelegenheit, Referenzen aus den letzten 5 Jahren beizubringen.

Die nachfolgend beschriebenen Referenzprojekte müssen von dem/den jeweiligen Auftraggeber/n abgenommen sein.

Entsprechende Nachweise (Abnahmeerklärungen/Abnahmebescheinigungen/ Abnahmeprotokolle) sind auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Die Erklärungen des Bieters zu den Referenzen müssen mindestens folgende Angaben gemäß Formular 008-5 „Angaben zu Referenzprojekten“ enthalten:

aa) Projektbezeichnung, Ort und Auftraggeber,

bb) Ansprechpartner beim Auftraggeber und Kontaktdaten,

cc) Rolle im Projekt (z. B. Generalunternehmer, Unterauftragnehmer),

dd) ggf. Unterauftragnehmer für Teilleistungen benennen,

ee) Projektvolumen in Euro brutto, eigener Leistungsanteil/Gesamtleistung,

ff) Leistungszeitraum,

gg) Abnahmedatum,

hh) Angaben Anzahl Mitarbeiter mit Gliederung nach Lohngruppen/ technisches Leitungspersonal,

ii) Darstellung des Leistungsumfangs einschließlich der Nennung der den Leistungen zuzuordnenden Auftragswerte:

Bei der Ausführung der Referenzprojekte müssen dabei mindestens die folgenden Leistungsinhalte erfüllt worden sein:

— Jedes der (mindestens 3) Referenzprojekte muss die Realisierung eines Projekts im Bereich „Pflasterarbeiten und/oder ungebundene Deckschichten und/ oder Anlage von Parkanlagen“ betreffen.

Sofern sich ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, sind die vorgenannten Erklärungen und Nachweise auch für dieses Unternehmen abzugeben.

Im Falle einer Bietergemeinschaft müssen die vorstehenden Erklärungen und Nachweise jeweils insgesamt nur einmal pro Bietergemeinschaft vorgelegt werden.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Der Bieter hat die Vorgaben des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG-NRW) einzuhalten. Der Bieter hat die Formblätter Lg 411 „Tariftreueerklärung NRW“ und Lg 413 „Frauenförderung NRW“, die den Vergabeunterlagen beiliegen, auszufüllen.

Bei Angeboten durch eine Bietergemeinschaft sind die vorstehend aufgeführten Formblätter für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.

Sofern sich ein Bieter (oder eine Bietergemeinschaft) bei der Durchführung der Leistung eines Nachunternehmers oder eines Verleihers von Arbeitskräften bedienen will, hat er/sie mit dem Angebot insoweit auch für dieses Unternehmen die vorstehend dargestellten Nachweise und Erklärungen vorzulegen, gilt nicht für den Lg 413.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 18/04/2017 Local time: 11:30

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 26/05/2017

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 18/04/2017 Local time: 11:30

Place:

Rechtsamt, Submissionsstelle, Brinckmannstraße 5, 40225 Düsseldorf.

Information about authorised persons and opening procedure: Bieterinnen und Bieter sind bei der Eröffnung nicht zugelassen.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

- 1.) Die Bieter können Fragen an den Auftraggeber schriftlich, per E-Mail, Fax oder Post unter Verwendung der in Ziffer I.1 genannten Kontaktdaten bis zum 11.4.2017 stellen.
- 2.) Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind Teil des Angebotes und mit dem Angebot zu erbringen. Sollten in einem Angebot geforderte Nachweise oder Erklärungen fehlen, wird der Auftraggeber die Nachreichung dieser unter Fristsetzung fordern. Werden die fehlenden Nachweise und Erklärungen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen. Die Frist beginnt am Tage nach Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber.
- 3.) Mit der Abgabe des Angebotes müssen die Bieter die Teile des Auftrags benennen, die sie beabsichtigen, durch Unteraufträge an Dritte zu vergeben. Die Namen der Unterauftragnehmer müssen, sofern sich der Bieter nicht bereits zum Nachweis seiner Eignung auf deren Fähigkeiten berufen hat, vor der Zuschlagserteilung genannt werden. Dasselbe gilt für entsprechende Unter-Unterauftragnehmer.
- 4.) Der Bewerber muss sich selbst durch regelmäßige Einsichtnahme in die unter I.3 „Kommunikation“ verzeichnete Adresse (URL) über die etwaige Beantwortung von Bewerberfragen, Anpassungen des Verfahrens oder der Vergabeunterlagen sowie mögliche Terminänderungen informiert halten. Im Übrigen hat er die Möglichkeit, sich über die elektronische Vergabeplattform der Vergabestelle registrieren zu lassen und so auf entsprechende Informationen hingewiesen zu werden.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland, Spruchkörper Düsseldorf
Postal address: Am Bonneshof 35
Town: Düsseldorf
Postal code: 40474
Country: Germany
E-mail: ykrhld-d@bezreg-koeln.nrw.de
Telephone: +49 2211473055
Fax: +49 2211472891

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung.

Nach § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Date of dispatch of this notice

14/03/2017